

Master-Modul „Öffentliches Wirtschaftsrecht I“ (Vorlesungsnummer 266, 6 ECTS)

Schwerpunkt: Fallstudien zur praktischen Tragweite der Wirtschaftsfreiheit (und verwandter Garantien)

Vortragsthemen für die Studierenden

A.	Rechtsprechung
1	Die Gleichbehandlung der Konkurrenten bei der Benützung des öffentlichen Grundes zu kommerziellen Zwecken Analyse ausgehend von BGer, Urteil 2C_61/2012 vom 2. Juni 2012
2	Anspruch auf Schutz vor staatlicher Konkurrenz? Analyse ausgehend von BGE 138 I 378 (“Glarnersach”)
3	Konkurrentenbeschwerde und Wirtschaftsfreiheit Analyse ausgehend von BGer, Urteil 2C_1054/2012 vom 5. Juni 2013
4	(Un-)zulässige Werbung für Tochtergesellschaften? Analyse ausgehend von BGE 138 I 289 (Muttergesellschaft SWITCH / Tochtergesellschaft SWITCHPLUS AG)
5	Das „Posturteil“ des Bundesgerichts (BGE 129 III 35) – 10 Jahre danach
6	Wirtschaftsfreiheit und Werbung auf öffentlichen Grund (BGE 138 I 274)
7	Die Tätigkeit als gerichtliche Sachverständige im Lichte von Wirtschaftsfreiheit und Binnenmarktgesetz (BGer, Urteil 2C_121/2011 vom 9. August 2011)
8	Staatliche (Höchst-)Preispolitik im Heilmittelbereich und Wirtschaftsfreiheit: Bedingungen zur Aufnahme in die Spezialitätenliste nach Art. 64 ff. KVV Analyse ausgehend von BGE 129 V 32
B.	Behördenpraxis
9	Festlegung und Höhe des Strompreises im Lichte der Wirtschaftsfreiheit Analyse der Praxis der Eidgenössischen Elektrizitätskommission (ElCom) im Hinblick auf die Strompreise ausgehend von Weisung 3/2012 vom 14. Mai 2012 der ElCom
10	Notariats-Dienstleistungen im schweizerischen Binnenmarkt Analyse ausgehend von WEKO, Vernehmlassung bei den Kantonen (Nr. 614-0002) vom 25. März 2013

11	Das Bundesgericht als Dienstleistungserbringer? Analyse ausgehend von Interpellation (12.4273) vom 14. Dezember 2012 „IT-Dienstleistungen des Bundesgerichtes“
12	Die Rettung der UBS AG durch den Bund und Wirtschaftsfreiheit Analyse ausgehend vom Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats und des Ständerats über die Behörden unter dem Druck der Finanzkrise und der Herausgabe von UBS-Kundendaten an die USA vom 30. Mai 2010 (BBl 2011 3099 ff.)
C.	Rechtsetzung
13	Verfassungsmässigkeit des „Zulassungsstopps“ für Ärzte Analyse ausgehend von Art. 55a KVG in der Fassung vom 21. Juni 2013
14	Lehrlingsausbildung und Vergabewesen Analyse ausgehend von der Parlamentarischen Initiative (03.445) vom 20. Juni 2003 „Öffentliches Beschaffungswesen. Ausbildung von Lehrlingen als Kriterium“
15	Preisdifferenzierungen ausländischer (Markenartikel-)Anbieter und Wirtschaftsfreiheit Analyse ausgehend von Motion (11.3984) vom 30. September 2011 „Kartellgesetzrevision gegen unzulässige Preisdifferenzierungen“
16	Staatliche Einwirkung auf Roamingpreise und Wirtschaftsfreiheit Analyse ausgehend von Motion (11.3524) vom 15. Juni 2011 „Schluss mit überrassenen Handy-Gebühren im Ausland“, vgl. auch Motion (11.3472) vom 30. Mai 2011 „Faire Handy- und SMS-Gebühren auch für Schweizerinnen und Schweizer“
17	Massnahmen gegen Billigstpreis-Angebote bei Alkoholika und Wirtschaftsfreiheit Analyse ausgehend von Botschaft zur Totalrevision des Alkoholgesetzes (Spirituosengesetz und Alkoholhandelsgesetz) vom 25. Januar 2012, BBl 2012 1315, 1373 ff.
18	Karenzfrist für ausscheidende Spitzenbeamte des Bundes und Wirtschaftsfreiheit Analyse ausgehend von parlamentarische Initiative (10.511) vom 2. Dezember 2010 „Karenzfrist bei Mandaten und Funktionen von ehemaligen Bundesräten“, vgl. auch parlamentarische Initiative (10.517) vom 9. Dezember 2010 „Einschränkung von Mandaten von ehemaligen Bundesräten und Bundesrätinnen“
19	Fan-Transporte und Wirtschaftsfreiheit Analyse ausgehend von Art. 12 Abs. 2, Art. 12a und Art. 56 E-PBG (BBl 2013 7011 f.)
20	Einführung eines Trennbankensystems und Wirtschaftsfreiheit Analyse ausgehend von Motion (11.3857) vom 28. September 2011 „Einführung eines Trennbankensystems“